

Regierung ist strenger als der Bundesrat

Der Luzerner Regierungsrat schliesst Museen und Theater ganz. Auch Fitnesszentren und Kinos bleiben zu. Die Konsternation ist gross.

Lukas Nussbaumer
und Federico Gagliano

Es ist eine lange Liste von ab heute geschlossenen Einrichtungen, welche die Luzerner Regierung gestern Abend veröffentlicht hat. Sie verschärft damit die Massnahmen des Bundes. So bleiben Museen, Theater, Kinos, Fitness- und Wellnesszentren, Hallenbäder, Reit- und Tennishallen, aber auch Tanzstudios und Galerien ab sofort und bis zum 22. Januar geschlossen. Zusätzlich zu den bereits geschlossenen Erotik- und Sexbetrieben wird auch der Strassenstrich verboten. Die Lese- und Arbeitsplätze in Bibliotheken schliessen ebenso, Bücher können jedoch weiterhin ausgeliehen werden.

Die Läden in den Zentralschweizer Kantonen schliessen ab heute wie vom Bund verordnet spätestens um 19 Uhr. Auch Sonntagsverkäufe sind bis zum 22. Januar untersagt. Für Restaurants gilt die Sperrstunde von 19 Uhr ebenfalls – mit Ausnahme von Obwalden, wo die epidemiologische Entwicklung vergleichsweise günstig ist und Beizen ihre Gäste bis 22 Uhr empfangen können. Zudem erlaubt Obwalden den Sonntagsverkauf. Am Sonntag dürfen Gastrobetriebe überall offenbleiben.

Spitäler brauchen Platz – auch wegen Skiuunfälle

Gesundheits- und Sozialdirektor Guido Graf begründet die strengeren Luzerner Massnahmen mit der drohenden Überlastung der Spitäler. «Die Herausforderung in den Kliniken ist sehr gross. Bei uns infizieren sich momentan durchschnittlich täglich über 200 Personen, der Reproduktionswert liegt mit 1,06 zu hoch. Wenn wir jetzt stärker eingreifen, können wir die dringende Entlastung in den Spitälern erreichen», sagt der CVP-Politiker. Platz brauche es in den Spitälern nicht nur wegen Coronapatienten, sondern auch wegen Personen, die beim Skifahren verunfallen. Weiter als der Bund geht Luzern auch beim Homeoffice. Während aus Bern dringend dazu geraten wird, sagt Graf: «Wir sprechen eine extrem starke Empfehlung aus.» Die Massnahmen sind nicht mit den anderen Zentralschweizer Kantonen abgesprochen, diese wurden laut Graf jedoch darüber informiert.

Gastro-Präsident Ruedi Stöckli: «Das tut uns bitterweh»

Gross ist der Frust bei den Wirten und Detailhändlern. Ruedi Stöckli, Präsident von Gastro Luzern und Inhaber des Landgasthauses Strauss in Meierskappel, spricht von einer «ganz schlimmen, noch nie da gewesenen Situation». Ohne sofortige A-fonds-perdu-Beiträge der öffentlichen Hand würden viele Wirte wirtschaftlich nicht überleben. «Was jetzt beschlossen wurde, tut uns bitterweh. Wir haben uns immer an die Auflagen gehalten, die Restaurants sind keine Corona-Hotspots», so der frühere SVP-Kantonsrat.



Ruedi Stöckli, Präsident von Gastro Luzern, in der Küche seines Landgasthauses Strauss in Meierskappel.

Bild: Boris Bürgisser (11. Dezember 2020)

Auch Rolf Bossart, Geschäftsführer des Detaillistenverbands des Kantons Luzern (DVL), ärgert sich über den Bund. Dass Bäckereien am Sonntag geschlossen bleiben müssen, während Take-away-Betriebe offen haben dürfen, bezeichnet er als «eine Ungleichbehandlung».

Direktor der Gewerbler spricht von einem «eigentlichen Schock»

Für Gaudenz Zemp, Direktor des KMU- und Gewerbeverbands des Kantons Luzern (KGL), sind die verschärften Massnahmen der Luzerner Regierung «ein eigentlicher Schock». Zemps Wortwahl gründet in einer Mitteilung des KGL vom Donnerstag, in welcher der Verband die Luzerner Regierung aufforderte, sich beim Bund für weniger scharfe Massnahmen einzusetzen (Ausgabe von gestern). Nun hat die Regierung das Gegenteil beschlossen.

Der KGL hat laut Zemp jedoch erwartet, dass man zuerst die Wirkung der Verschärfung durch den Bund abwartet. So sei bisher immer kommuniziert worden, dass Effekte erst nach rund 14 Tagen sichtbar würden. «Man hätte also bis zum ersten Werktag nach Weihnachten die Entwicklung beobachten und dann entscheiden können.» Noch weniger nachvollziehbar sei die Frist vom 22. Januar. «Wenn die Situation derart volatil ist, müsste man die Planung flexibler und rollend machen. Für die Unternehmen zählt jede Wo-

che, welche sie früher öffnen können», so der KGL-Direktor, der für die FDP im Kantonsrat politisiert.

Was aber am meisten befremde, sei die Kurzfristigkeit der Kommunikation. Die Frist bis zur Umsetzung betrage nur einen Tag, wobei dieser ein Samstag sei. Also der Tag, wo vor allem jene Personen frei hätten, welche für die Organisation und Planung zuständig seien. «Nicht nachvollziehbar» für den KGL sei zudem, dass die Entscheidung ohne vorgängige Konsultation der Sozialpartner getroffen wurden. «Wir wären auch nachts um 2 Uhr für eine Sitzung zu haben, wenn man dadurch verhindern könnte, dass man solche einschneidende Massnahmen aus den Medien erfahren muss», enerviert sich Zemp. Dieses «völlig unabgesprochene Vorgehen» entspreche auch nicht den Versprechen, welche die Regierung an der letzten Kantonsratssession gemacht habe.

Verkehrshaus-Direktor: «Ich war überrascht»

Besonders hart treffen die neuen Massnahmen das Verkehrshaus in Luzern, welches ab Sonntag bis am 22. Januar komplett geschlossen bleiben muss. Verkehrshaus-Direktor Martin Bütikofer sagt dazu: «Wir sind enttäuscht, denn wir waren mit dem Schutzkonzept für die Festtage gut vorbereitet. Aber wenn die Lage es verlangt, ist es selbstverständlich, dass wir unseren Beitrag

leisten.» Bütikofer habe gestern gerade die Umsetzung der Bundesratsentscheidung fertig besprochen, als der Kanton ihn über die schärferen Regeln in Luzern informierte: «Ich war überrascht, aber die Regierung konnte mir klar erklären, dass die Lage diesen Schritt verlangt.» Die Weihnachtszeit sei auch für das Verkehrshaus eine der wichtigsten. Er gehe davon aus, dass wieder eine Ausfallentschädigung wie bei der ersten Schliessung beantragt werden kann. Es sei eine schwierige Zeit. «Jammern bringt aber nichts», so Bütikofer. Sein Team plane bereits die nächsten Schritte, eventuell werde man einige Konzerte aufzeichnen und virtuelle Führungen anbieten, um die Zeit bis am 22. Januar zu überbrücken. «Wer weiss, wie die Lage dann aussieht», so Bütikofer.

Mit den neuen Regeln des Bundes sind nun die geplanten Sonntagsverkäufe im Kanton Luzern verboten. Die Stadt Luzern hatte diese bereits am Donnerstag untersagt. Die Betreiber der Einkaufszentren Emmen Center und Mall of Switzerland zeigen sich einsichtig. Beim Emmen Center heisst es auf Anfrage: «Wir respektieren den Entscheid der Behörden und passen unsere Organisation entsprechend an.» Ähnlich klingt es bei der Mall of Switzerland. Sprecherin Mia Tuce sagt: «Natürlich werden wir die Vorgaben des Bundesrats direkt umsetzen. Wir bedauern das, unterstützen aber alle Massnahmen zur Sicherheit der Besucher.»

Kultur-Lichterlöschen

Luzern Was bedeutet das Veranstaltungsverbot vor Publikum für die wenigen Kulturinstitutionen, die zuletzt noch Anlässe durchgeführt haben? Wir haben beim Luzerner Theater (LT), dem Kino Bourbaki und beim Sedel nachgefragt. Sandra Küpper, stellvertretende Intendantin, sagt, dass das Luzerner Theater «auf diese nun konkret gewordene Massnahme trotz der durchsickernden Informationen der letzten Tage erst jetzt reagieren kann». Theoretisch wären Live-Streamings möglich, aber das mache keinen Sinn, denn das Theater lebe vom Erlebnis im Saal. Wie es nun konkret weitergeht mit den neuen Produktionen, ob weitere Gelder über die Härtefallregelung beantragt werden, darüber will sich das Leitungsteam in Kürze beraten.

Sedel-Barchef Boris Rossi betont, dass «die Situation vorher schon schwierig war». Die neuen Massnahmen seien nun aber der Gnadenstoss für Livekonzerte. Was der Sedel ins Auge fasse, seien Streamings, wie es sie bereits während des Lockdowns gab. Victor Redonda, Betriebsleiter des Bourbaki Kinos, verweist auf das «On-demand-streaming»-Angebot. «Seit dem Lockdown ist dieses erhältlich.» Die Bourbaki Bar bleibe von 9–19 Uhr geöffnet. (sw)

ANZEIGE

Suchen Sie noch ein passendes Weihnachtsgeschenk oder möchten Sie sich von neuen Wohntrends inspirieren lassen? Das Wohncenter Emmen freut sich auf Ihren Besuch.

WOHNCENTER EMMEN
SEIT 15 JAHREN MEHR ZUM LEBEN.